



Satzung

Präambel

Forstbetriebsgemeinschaft Saar-Hochwald w.V.



Der starke Partner für alle Waldbesitzer der Großregion

Am 04.11.1989 wurde die Forstbetriebsgemeinschaft im Landkreis Merzig-Wadern (FBG) als erste FBG im Saarland gegründet und mit Anerkennungsurkunde vom 11.11.1989 durch den Minister für Wirtschaft als Forstbetriebsgemeinschaft anerkannt und die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein verliehen. Die damalige Landesregierung leitete 1987 die Waldwende im Saarland ein, weg von schlagweisen Hochwald hin zum naturnahen Wirtschaftswald. In dieser Zeit einer forstpolitischen Neuorientierung wurde auch dem Kleinprivatwaldbesitz im Saarland eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Nach § 42, Saarländisches Waldgesetz vom 26.10.1977, sollen Forstbetriebe, die sich nach Größe, Lage und Zusammenhang nicht für die Bewirtschaftung als Einzelbetrieb eignen, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse bilden.

Das Saarland und die angrenzenden Regionen sind sehr walddreich mit einem hohen Anteil an Privat- und Kommunalwald. Große Waldflächen sind durch die ehemals weit verbreitete Niederwaldwirtschaft und die verschiedenen Aufforstungswellen, insbesondere nach dem II. Weltkrieg, charakterisiert. Durchgewachsene Eichenniederwälder und Nadelbaumreinbestände mit Fichte, Douglasie und Lärche prägten das Bild großer Waldgebiete bis zu den großen Stürmen des Jahres 1990. Die Auswirkungen der Stürme Vivian und Wibke führten auf großer Fläche zu einer „außerplanmäßigen“ Umwandlung insbesondere instabiler Nadelbaumreinbestände. Nur wenige Monate nach der Vereinsgründung wurden diese Stürme zur größten Bewährungsprobe des jungen Vereines, der diese vorbildlich gemeistert hat. Aus den verschiedenen Sturmereignissen hat man jedoch die Lehre gezogen, bei der Baumartenwahl insbesondere dem Standort und der dazu passenden Baumart ein besonderes Augenmerk zu schenken. In Zukunft stellen Anpassungsstrategien an den Klimawandel den Verein und die Waldbesitzer vor neue Aufgaben.

Die FBG hat sich in besondere Weise den Zielen einer naturnahen und für die Waldbesitzer langfristig ertragreichen Waldwirtschaft verschrieben. Wälder sind für die Daseinsvorsorge und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen unverzichtbare Naturräume. Diese naturnah, das heißt ökologisch nachhaltig und für die Waldbesitzer ertragreich zu bewirtschaften, hat sich die Fortbetriebsgemeinschaft zur zentralen Aufgabe gesetzt. Gemäß § 18 und §19 Bundeswaldgesetz in Verbindung mit §22 BGB wurde sie durch die zuständige Landesbehörde als Forstbetriebsgemeinschaft anerkannt und die Rechtsfähigkeit als wirtschaftlicher Verein verliehen.

Seit einigen Jahren freut sich die FBG, das auch große saarländische Kommunen der FBG zum gegenseitigen Nutzen angehören, ein Grund ihren Wirkungsbereich zu vergrößern. Diesem Ziel soll auch der neue Name, Forstbetriebsgemeinschaft Saar-Hochwald, Rechnung tragen.

Wir laden Sie herzlich ein unseren Verein durch eine Mitgliedschaft aktiv zu unterstützen – Sie werden dies nicht bereuen!

Satzung der

Forstbetriebsgemeinschaft Saar-Hochwald w.V.

Hinweis nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG):

Soweit in der Satzung Funktionsbezeichnungen verwendet werden, gelten diese gleichermaßen für Männer wie für Frauen.

§ 1

Begriff, Name, Sitz, Wirkungsbereich, Geschäftsjahr, Gerichtsstand

1. Die Forstbetriebsgemeinschaft Saar-Hochwald w.V. ist ein privatrechtlicher Zusammenschluss von Grundbesitzern, die den Zweck verfolgen, die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke zu verbessern, insbesondere die Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzersplitterung, der Gemengelage, des unzureichenden Waldaufschlusses oder anderer Strukturmängel zu überwinden.
2. Der Verein führt den Namen „Forstbetriebsgemeinschaft Saar-Hochwald w.V.“ (nachfolgend FBG genannt).
3. Sitz der FBG ist 66663 Merzig.
4. Wirkungsbereich ist die „Saar-Lor-Lux-Region“ und angrenzende Länder.
5. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
6. Gerichtsstand ist Merzig

§ 2

Zweck, Ziele

Zweck der FBG ist es durch eine naturnahe, multifunktionale Bewirtschaftung von Waldflächen die angeschlossenen Waldflächen in ihrer vielfältigen Funktion für die belebte und unbelebte Umwelt zu sichern, ihre ökologische und ökonomische Leistungsfähigkeit zu verbessern und den wirtschaftlichen Interessen der waldbesitzenden Mitglieder im Rahmen der Beratung, Betreuung und tätig Mithilfe Rechnung zu tragen. Die FBG verfolgt durch ihre besonders naturnahen Bewirtschaftungsgrundsätze, die unter anderem im Waldkodex für die Forstbetriebsgemeinschaft fixiert sind, auch gemeinwohlorientierte Ziele.

Bewirtschaftungsgrundsätze sind insbesondere:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Vitalität, der Struktur, der Holzvorräte (z.B. Jungwaldpflege, Auslesedurchforstung, Vorratspflege, Zielstärkennutzung etc.).
- Förderung der Klimaschutzwirkung der Wälder durch Optimierung der CO₂-Bindefunktion der gesamten Waldvegetation
- Förderung der Klimaschutzwirkung der Waldböden durch Optimierung der Bodenzustände und damit der CO₂-Bindewirkung der Waldböden.
- Maßnahmen zur natürlichen Verbesserung der Bodenzustände durch Optimierung der Nährstoffkreisläufe.
- Förderung der Filterwirkung der Wälder durch Entwicklung artenreicher Mischwälder mit einer artenreichen Waldvegetation.

- Förderung der Wasserfilter- und speicherwirkung des Waldes, insbesondere auch in Wassereinzugs- und Wasserschutzgebieten, durch angepasste Bewirtschaftungsformen.
- Angepasste Bewirtschaftungsformen zur Erhaltung und Entwicklung von Sonderstandorten.
- Förderung der Biodiversität durch Maßnahmen zur Erhaltung Förderung einer artenreichen Flora und Fauna.
- Maßnahmen zur Reduzierung von Wildschäden und der damit meist verbundenen Entmischung der Waldvegetation.
- Förderung des Waldbodenschutzes durch bodenschonende Bewirtschaftungsformen.
- Minderung der Erosionswirkung durch schonende und angepasste Bewirtschaftungsformen in erosionsgefährdeten Lagen.
- Förderung der Erholungsleistung der Wälder.
- Zusammenarbeit mit Einrichtungen, Vereinen und Verbänden zur Förderung und Erreichung des Vereinszecks und der Vereinsziele.
- Maßnahmen zur Förderung des Verständnisses der Gesellschaft für die Vorteile einer naturnahen Bewirtschaftung der Wälder und Vermittlung von Kenntnissen für deren Bedeutung für die Daseinsvorsorge im Allgemeinen und den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz im Besonderen.

§ 3 Aufgaben

Aufgabe des Vereins ist die Durchführung aller Maßnahmen, die im Sinne von §2 der Förderung einer multifunktionalen, naturnahen Bewirtschaftung von Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke unter Wahrung und Sicherung des Waldeigentums dienen. Insbesondere soll Nachteilen geringer Flächengrößen, jagdlicher Umstände (insbesondere Probleme einer falsch verstandenen Wildhege), ungünstiger Flächengestalt, Besitzersplitterung, der Gemengelage, unzureichender Waldaufschluss und andere Strukturängel entgegengewirkt werden. Stets sind die Wohlfahrtswirkungen des Waldes in ihrer Gesamtheit, d.h. für die belebte und unbelebte Umwelt zu berücksichtigen.

Diese Aufgaben werden unter anderem erreicht durch:

1. Abstimmung der Betriebspläne oder Betriebsgutachten und der Wirtschaftspläne sowie Koordination der einzelnen forstlichen Vorhaben.
2. Gemeinsame Bewirtschaftungsmaßnahmen.
3. Gemeinsame Beantragung von Beihilfen und Fördermittel im Namen der Mitglieder.
4. Förderung und Vertretung der Interessen seiner Mitglieder gegenüber Behörden, Verbänden, Politik, der Öffentlichkeit und anderen Personen.
5. Für die gemeinsame Nutzung durch die Mitglieder kann in deren Namen und auf deren Rechnung bei Bedarf Beschaffungen erfolgen, z.B. von: Maschinen, Geräten, Materialien, Forstpflanzen etc..
6. Gemeinsamer Absatz des Holzes oder sonstiger Waldprodukte (z.B. Wild, Schmuckgrün etc.) im Namen und auf Rechnung der beantragenden Mitglieder.
7. Durchführung waldbaulicher Maßnahmen wie z.B. Holzeinschlag, Holzaufarbeitung, Holzbringung, Bau und Unterhaltung von Wegen, Anlage von Forstkulturen, Bodenverbesserungen, Waldpflegearbeiten, Waldschutzmaßnahmen etc.

8. Unterstützung bei der Vermittlung von Arbeitskräften wie: Forstwirte oder Unternehmer im Namen und auf Rechnung des beantragenden Mitgliedes im Rahmen der Möglichkeiten des Vereins.
9. Ankauf von Grundbesitz, insbesondere zur Durchführung von Forschungs- und Schulungsaufgaben.
10. Bei Bedarf, Abschluss von Beförsterungsverträgen im Rahmen der Möglichkeiten des Vereins.
11. Die Mitgliederversammlung kann als oberstes Organ weitere Aufgaben mit einfacher Mehrheit beschließen, die nicht im § 2 der Satzung genannt sind und ausschließlich dem Zweck des Vereins dienen.
12. Der Verein gilt nach der Verleihung der Rechtsfähigkeit durch die zuständige Landesbehörde, als anerkannte Forstbetriebsgemeinschaft im Sinne des § 18 BWaldG.

§ 4

Versicherungsschutz und Haftungsbegrenzung

1. Auf Antrag des Mitgliedes Abschluss notwendiger Versicherungen über einen Waldbrand- und/oder eines Betriebshaftpflichtversicherungsrahmenvertrages.
2. Versicherungsschutz der Mitglieder und deren Waldbetriebe besteht nur insofern im Rahmen der abgeschlossenen Verträge.
3. Abschluss einer Versicherung gegen Vermögensschäden für die Vereinsführung. Der Verein haftet nur mit seinem Vereinsvermögen und die Organe nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.
4. Für Vorstandsmitglieder erfolgt eine freiwillige erweiterte Versicherung z.B. über die Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) zur Absicherung der Arbeits- und Wegeunfälle/Berufskrankheiten.

§ 5

Mitgliedschaft

Mitglied in der FBG kann jede natürliche und juristische Person werden. Der Verein führt:

1. Ordentliche Mitglieder
 2. Fördermitglieder
 3. Ehrenmitglieder
-
1. Als ordentliche Mitglieder werden Eigentümer von Waldbesitz und Grundstücken, die zur Aufforstung bestimmt sind, oder Besitzer und Nutzungsberechtigte von solchen Grundstücken geführt.
 2. Körperschaften des öffentlichen Rechts und juristische Personen werden als Fördermitglieder geführt.
 3. Mitglieder die sich in besonderer Weise für die Forstbetriebsgemeinschaft verdient gemacht haben werden als Ehrenmitglieder geführt.

Minderjährige können nur mit schriftlicher Zustimmung eines Erziehungsberechtigten oder des Vormundes Mitglied in der FBG werden. Das Stimmrecht ist nicht auf die Erziehungsberechtigten übertragbar.

Über die Aufnahme als Mitglied in den Verein beschließt der Vorstand mit einfacher Mehrheit. Eine Ablehnung bedarf keiner Begründung.

Für Organisationen, die den Toleranzgedanken nicht unterstützen, ist eine Mitgliedschaft ausgeschlossen

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Kündigung, Auflösung des Vereins, Ausschluss oder Tod.
2. Die Kündigung der Mitgliedschaft kann frühestens zum Schluss des dritten vollen Geschäftsjahres nach dem Erwerb der Mitgliedschaft mit einer Frist von einem Jahr erklärt werden.
3. Die Kündigung ist in Textform an den Vorstand zu richten.
4. Bis zum Ende der Mitgliedschaft besteht die Verpflichtung zur Zahlung der fälligen Beträge.

§ 7 Ausschluss eines Mitgliedes, Zuständigkeit, Rechtsausschuss

1. Der Vorstand kann in dringenden oder schwerwiegenden Fällen bei einem groben Satzungsverstoß nach seiner Anhörung über den Ausschluss eines Mitgliedes – sowie über das Ruhen seiner Mitgliedschaftsrechte sofort entscheiden.
2. Das auszuschließende Mitglied kann bei Widerspruch gegen seinen Ausschluss durch den Rechtsausschuss gehört werden. Dieser entscheidet, soweit gesetzlich zulässig, endgültig.

§ 8 Finanzierung

Der Verein finanziert seine Aufgaben durch Mitgliedsbeiträge, öffentliche Beihilfen, durch institutionelle Förderungen, durch Spenden, durch sonstige Förderungen, sowie durch Leistungsentgelte für durchgeführte Dienstleistungen und gegebenenfalls durch Umlagen. Die Finanzierung der Aufgaben wird in einer Beitrags- und Finanzordnung festgelegt.

1. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge richtet sich nach den Bedürfnissen des Vereins.
2. Die Mitgliederbeiträge werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt. Sie sind zusammen mit dem Beitrag für die Waldbrand- und Betriebshaftpflichtversicherung im Voraus jährlich fällig. Versicherungsbeiträge werden entsprechend des jeweils gewählten Versicherungsschutzes umgelegt.
3. Über eine Aufnahmegebühr und Umlagen entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes mit einfacher Stimmenmehrheit.
4. Der Verein erhebt von den einzelnen Mitgliedern auf der Grundlage einzelvertraglicher Vereinbarungen Entgelte für Lieferungen und Leistungen, sowie für Beförsterungsverträge. Die Entgelte werden kostenorientiert bestimmt.
5. Von den Vereinsmitgliedern werden keine Einlagen erhoben.
6. Es erfolgt keine Beitrags- oder Umlagerückerstattung. Eine anteilmäßige Erstattung aus dem FBG-Vermögen ist ausgeschlossen.
7. Mitglieder erwerben kein automatisches Anrecht weder auf Vereinsvermögen gleich welcher Art, noch auf Teile davon - auch nicht nach Beendigung der Mitgliedschaft

§ 9 Rechte der Mitglieder

1. Nur volljährige, ordentliche Mitglieder haben das aktive und passive Wahlrecht.
2. Jedes Mitglied hat eine Stimme und ist berechtigt an den Veranstaltungen des Vereins teil zu nehmen und seine Einrichtungen und Begünstigungen zu den vorgeschriebenen Bedingungen zu benutzen.
3. Die Rechte des Mitgliedes ruhen, wenn es mit der Beitragszahlung oder mit weiteren Zahlungen, die sich aus § 4 ergeben im Rückstand ist, oder wenn gemäß § 6 der Satzung ein Ausschlussverfahren anhängig ist.
4. Fördernde Mitglieder können an Mitgliederversammlungen teilnehmen. Sie haben auf Versammlungen ein Rederecht jedoch kein Stimmrecht.

§ 10 Pflichten der Mitglieder

Pflichten der Mitglieder sind:

1. Pünktliche Zahlung der festgesetzten Mitgliedsbeiträge sowie weitere Zahlungen.
2. Beachtung der Vereinssatzung.
3. Beachtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlungen und den Anordnungen des Vorstandes.
4. Förderung der in der Satzung festgelegten Grundsätze des Vereins.
5. Änderungen in den Eigentums-, Besitz- oder Nutzungsverhältnissen von Grundstücken sind dem Vorstand mitzuteilen.
6. Das zur Veräußerung bestimmte Holz ganz oder teilweise durch die Forstbetriebsgemeinschaft zum Verkauf anbieten zu lassen.
7. Von den Mitgliedern wird erwartet, dass sie Besonderheiten am Waldbestand beobachten und Schäden frühzeitig melden.

§ 11 Verwaltung des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung als oberstes Organ
2. der Vorstand
3. der Rechtsausschuss

Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

- Dem Vorsitzenden
 - Zwei stellvertretende Vorsitzende
 - Dem Kassenführer
 - Dem Schriftführer
 - Mindestens 3 Beisitzern
1. Der Vorstand entscheidet über die Anzahl der erforderlichen Beisitzer im Vorstand und über deren jeweiligen Aufgabenbereiche. Diese sollen möglichst alle Regionen/ Städte/Gemeinden im Wirkungsbereich der FBG als sogenannte Regionalvertreter vertreten.
 2. Die Beisitzer werden vom Vorstand berufen und von der nächsten Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt.

3. Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende, der gleichzeitig für den Datenschutz verantwortlich ist.
4. Die Vorstandsmitglieder müssen Vereinsmitglieder und geschäftsfähige Personen sein.
5. Für zuvor bestimmte Tätigkeiten und bestimmte Zeitdauer kann der Vorstand sich mittels eines Ausschusses selbst erweitern. Die weiteren Mitglieder des Ausschusses müssen keine Vereinsmitglieder sein.
6. Der Vorstand wird für die Dauer von 3 Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.
7. Beschlüsse auf Vorstandssitzungen werden mit der Ausnahme von privilegierten Mehrheiten mit einfacher Mehrheit gefasst.
8. Bis zur Neuwahl eines ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes ergänzt sich der Vorstand selbst.
9. Der Vorstand bestimmt seine Tagesordnung selbst. Der Vorstand ist immer beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß zu einer Sitzung eingeladen wurde.
10. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann Arbeits-, Dienstleistungs-, Werkverträge und Arbeitsverträge eingehen.
11. Der Vorsitzende oder in dessen Vertretung einer der Stellvertreter laden zu einer Vorstandssitzung unter Einhaltung von mindestens 3 Tagen unter Bekanntgabe des Einladungsgrundes ein.
12. Der Vorstand kann sich auch online oder fernmündlich miteinander beraten.
13. Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht über die Erfüllung der Aufgabe zu wachen und Verstöße zu beanstanden.

§ 12 Geschäftsführer

Der Vorstand wählt bei Bedarf einen Geschäftsführer, auf den er im Rahmen der Geschäftsordnung eine Vertretungsmacht überträgt. Art, Umfang und Aufgaben eines Geschäftsführers müssen in der Geschäftsordnung festgelegt sein. Der Geschäftsführer ist an die Weisungen des Vorstandes gebunden.

§ 13 Mitgliederversammlungen, Wahlrecht

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Ihre Beschlüsse sind für alle Mitglieder bindend. Sie hat das Recht, gefasste Beschlüsse wieder aufzuheben.
2. Eine ordentliche Mitgliederversammlung soll mindestens alle 2 Jahre stattfinden.
3. Die Einladung zur Versammlung erfolgt durch den Vorstand unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte mit einer Frist von 21 Tagen durch Einladung in Textform. Eine zusätzliche Veröffentlichung der Einladung in der Presse und/oder per Internet/Email kann erfolgen.
4. Die Versammlung ist immer beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde.
5. Anträge zur Tagesordnung müssen dem Vorstand bis zum 28. Februar eines Jahres vor der Versammlung in Textform vorliegen.

6. Die einberufene Mitgliederversammlung hat mindestens zur Tagesordnung:
 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 2. Beschluss über die Tagesordnungspunkte
 3. Entgegennahme von Berichten
 4. Entlastung des Vorstandes
 5. Anträge
 6. Verschiedenes
7. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss durch den Vorstand einberufen werden, wenn 1/5 der ordentlichen Mitglieder in Textform unter Angabe des Grundes dies beantragen. Sie ist nicht öffentlich.
8. Der Vorstand muss dann unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von 14 Tagen die außerordentliche Versammlung einberufen.
9. Die außerordentliche Mitgliederversammlung hat die gleichen Befugnisse wie eine ordentliche Mitgliederversammlung.
10. Es ist lediglich ein Beschlussprotokoll zu fertigen, das vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.
11. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Es sei denn, dass gesetzlich oder satzungsmäßig eine größere Mehrheit verlangt wird.
12. Die Versammlung beschließt Satzungsänderungen oder eine neue Satzung mit einer Mehrheit von 2/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder.
13. Von einer Behörde verlangte Satzungsänderungen können vom Vorstand ohne Anhörung der Mitgliederversammlung vorgenommen werden. Die Mitglieder sind in der darauffolgenden Mitgliederversammlung entsprechend zu informieren.
14. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit.
15. Gäste werden zugelassen. Über deren Anhörung entscheidet die Versammlung mit einfacher Mehrheit.

§ 14 Rechtsausschuss

Für Streitigkeiten zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern ist der vereinsinterne Rechtsausschuss zuständig. Er tritt auf Anrufung bei Streitigkeiten zusammen und besteht aus zwei Mitgliedern des Vorstandes sowie aus drei Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden.

Die von der Mitgliederversammlung gewählten, dürfen keine Vorstandsmitglieder sein. Die Anrufung hat binnen eines Monats nach Zustellung der Vorstandsentscheidung mittels Beschwerde schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen. Über die Entscheidung des Rechtsausschusses erhalten der Vorstand und das betroffene Mitglied eine schriftliche Mitteilung. Macht das Mitglied von dem Recht der Beschwerde gegen die Vorstandsentscheidung keinen Gebrauch oder versäumt es die Beschwerdefrist so ist die Anrufung ordentlicher Gerichte ausgeschlossen.

§ 15 Datenschutz

Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen (EDV) zur Erfüllung der gemäß dieser Satzung zulässigen Zwecke und Aufgaben. Einzelheiten über die Nutzung regelt die Datenschutzordnung des Vereins. Der Vorstand ist ermächtigt, die Datenschutzordnung an gesetzliche und aufsichtsbehördliche Erfordernisse anzupassen. Die Mitgliederversammlung ist über vom Vorstand vorgenommene Änderungen der Datenschutzordnung zu unterrichten.

§ 16 Kooperationen

1. Die FBG kann zu ihrem Wohle und zu ihrem Nutzen sowie zum Vorteil der Umwelt Kooperationen mit anderen forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen oder Vereinen, die sich um das Wohl des Waldes und/oder einer den Zustand der Wälder fördernden Jagd engagieren eingehen, wenn diese die satzungsgemäßen Ziele der FBG und deren waldbaulichen Richtlinien nach Innen und Außen vertreten. Die FBG kann dazu auch diesem Zweck dienenden Fach- oder Dachorganisationen angehören.
2. Die Entscheidung über eine Kooperation trifft zunächst der Vorstand.
3. Zu ihrer Gültigkeit muss eine Kooperation von der nächsten Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit bestätigt werden.

§ 17 Salvatorische Klausel

Wenn ein Sachverhalt in der Satzung rechtsunwirksam sein sollte, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen treten eine inhaltlich möglichst gleiche Regelung, die dem Zweck der gewollten Regelung am nächsten kommt oder die jeweiligen gesetzlichen Regelungen.

§ 18 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins erfolgt in einer zu diesem Zweck besonders einzuberufenden Mitgliederversammlung und nur zu diesen Tagesordnungspunkten.
2. Für die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der erschienen stimmberechtigten Mitgliedern erforderlich.
3. Im Falle der Auflösung des Vereins entscheidet die gleiche v.g. Versammlung über die Verwendung des Vereinsvermögens.
4. Von der mit der Auflösung des Vereins einberufenen Mitgliederversammlung werden zur Abwicklung der Vereinsauflösung 2 Liquidatoren gewählt, die eine von der Versammlung beschlossene Aufwandsentschädigung aus dem Vereinsvermögen erhalten.

Beschlossen am 09.09.2016

1. Änderung § 15 beschlossen am 22.02.2019